

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Anzeigen-Größe ist die
einzigartige Größe aus ge-
wöhnlicher Schrift über
deren Raum bei einmali-
ger Einrückung 20 Pfd.
bei mehrmaliger, Rabatt
nach Tarif. Bei gerader
Bettreibung u. Konkursen
ist der Rabatt hinfällig.

Verbreitete Zeitung
im Oberamtsbezirk

Telegraphen-Adresse
Gesellschafter Nagold
Postfachnummer
Stuttgart 5114

Erhalten an jedem Werk-
tag Bestellungen nehmen
sämtliche Postämter
und Postbüros entgegen.

Anzeigen finden weiteste
Verbreitung und sind da-
her von bestem Erfolg.

Dieses vierteljährlich
mit 12 Ausgaben 20 Pfd.
im Bezirks- und 10 Pfd.
im Reichs-Verkehr 20 Pfd.
in übrigen Württemberg
20 Pfd.

Rechts-Ankündigungen
nach Verhältnis

Seit 1820

Preis pro Jahr 20

Nr. 247

Freitag den 24. Oktober 1919

93. Jahrgang

Die parlamentarische Schuldverurteilung.

Graf Bernstorff über Wilson und Amerika

Berlin, 22. Okt. In der heutigen Sitzung des Untersuchungsausschusses wurde die Befragung des Grafen Bernstorff fortgesetzt. Auf eine Anfrage des Abg. Quast erklärte Graf Bernstorff, daß schon im Mai 1916 der gesamte amerikanische Handel auf die Entente eingestellt war. Der Handel mit Deutschland kam nicht mehr in Betracht. Hätte Wilson den Handel mit der Entente irgendwie gefördert, so würde er die öffentliche Meinung in Amerika gegen sich gehabt haben. Wilson hat auch immer erklärt, er könne nicht gegen die öffentliche Meinung auftreten. Weiter erklärte Graf Bernstorff, daß die Amerikaner auch bei der Friedensvermittlung unter allen Umständen völlige Wiederherstellung Belgiens gefordert hätten. Infolge einer Anfrage von Professor Schücking besprach Graf Bernstorff die sogenannten Verschönerungen, mit denen die deutschen Vertreter drüben über Graf Bernstorff für seine Person nichts zu tun gehabt haben. Er teilte mit, daß verschiedene Deutsche wegen Sabotage verurteilt wurden, ohne daß er wisse, ob sie überführt seien. Er berichtet, daß deutsche Persönlichkeiten sich drüben bei ihm gemeldet hätten, ohne über den Grund ihres Besuches Auskunft zu geben. So sei ein Kapitänleutnant Rinteln später in England verhaftet worden, mit dem die deutsche Regierung nach einem Telegramm des Staatssekretärs Zagow nichts zu tun gehabt habe. Zur Sabotagefrage erklärte Graf Bernstorff, er wisse heute noch nicht, ob eine solche wirklich von Deutschen verübt worden sei. Das Auswärtige Amt hätte sicher nicht hinter dieser Sabotage gestanden. Auf die Frage des Professor Bonn, ob bekannt sei, daß eine amerikanische Untersuchung eingeleitet worden sei, sagt Graf Bernstorff, er habe den Bericht selber gelesen, könne aber nicht angeben, ob wirklich die Dinge passiert seien, wie sie uns vorgeworfen werden. Im September 1915 wäre ein Bericht der österreichisch-ungarischen Botschaft in England dem Ueberbringer abgenommen worden, der den Vorschlag enthielt, man möge Geld hergeben, um unter den ungarischen Arbeitern in allen wichtigen Betrieben Amerikas Streik zu organisieren. Darauf wurde die Abberufung des österreichischen Botschafters verlangt. Nach Abberufung des deutschen Militär- und Marineattachés wurden die militärischen Dinge in einem besonderen Bureau in New York bearbeitet. Dieses wurde eines Tages von Beamten gesüht und die Akten mitgenommen. Proteste wegen der Exterritorialität wurden niemals entschieden, da inzwischen die Friedensaktion einsetzte. Als Staatssekretär Lansing von Graf Bernstorff die Abberufung der beiden Attachés verlangte, habe er gefragt, ob er durch die Tätigkeit dieser Herren kompromittiert sei. Staatssekretär Lansing habe kategorisch geantwortet: „Sie sind in keiner Weise in dieser Angelegenheit beteiligt.“ und er würde bedauern, wenn Graf Bernstorff Washington verliesse. Diese Äußerung habe Oberst Houle weit später in noch schärferer Form wiederholt. Zur Stellung der Militär- und Marineattachés sagt Graf Bernstorff, daß sie in allen militärischen Fragen direkt ihren Behörden unterstanden, während Berichte politischer Natur durch die Botschaft gehen mußten. Im übrigen hätten sie selbständig gehandelt. Keinerlei Beziehungen hätten auch in anderen Botschaften geherrscht. Auf einen Einwand des Dr. Schücking wolle Graf Bernstorff mit, daß Wilson in der Botschaft an den Kongreß in der Tat von verbrecherischen Untrieben gesprochen habe. Das hätte sich aber nur auf Deutsch-amerikaner, nicht auf Reichsdeutsche bezogen. Auf eine Frage des Vorsitzenden, welchen Eindruck die Antwort des Kaisers, die durch Gerard den Weg nach Washington gefunden habe, auf die Friedensvermittlung Wilsons im August 1914 in Washington gemacht habe, sagte Graf Bernstorff, daß es sich gar nicht um eine Äußerung des Kaisers, sondern um eine amtliche Antwort der deutschen Regierung gehandelt habe. Es liege offenbar ein Mißverständnis vor. Der Kaiser habe damals an Wilson wegen der Ozean der belgischen Bevölkerung telegraphiert.

Abg. Singheim stellt auf Grund der Akten fest, daß das Friedensangebot vom 12. 12. in voller Übereinstimmung mit der O.H.L. und dem Kaiser in die Welt gegangen sei. Es folgt die Periode, die mit dem amerikanischen Friedensangebot beginnt. Nach Graf Bernstorffs Ansicht hat die öffentliche Meinung in Amerika den Schritt Wilsons als absolut prodeutsch angesehen. Er habe damals angenommen, daß die deutsche Antwort sagen wolle, daß wir eine Friedensvermittlung insoweit wünschen, daß eine Konferenz zustande käme. Jetzt müsse er allerdings annehmen, daß unsere Antwort vom 6. 12. die Absicht verfolgte, Wilsons Friedensvermittlung abzuschneiden. Zu

dieser Auffassung wäre er durch ein Telegramm des Kaisers gekommen, worin er gefragt wurde, warum er noch von Friedensvermittlungen Wilsons spreche, die doch gar nicht mehr beständen. Auf die Frage des Vorsitzenden, wie er dazu käme, der deutschen Regierung die Absicht zu unterstellen, daß sie einer Friedensvermittlung abgeneigt war, antwortete Graf B., er habe die Note Wilsons als Friedensvermittlung angesehen. Die Note wäre absichtlich unsicher und laienhaft gehalten gewesen, um eine Ablehnung unmöglich zu machen. Nach seiner damaligen Ansicht hätte unsere Note vom 26. 12. nur sagen wollen, daß wir eine Einmischung Wilsons in territoriale Fragen nicht wünschten. Jetzt sei er aber anderer Auffassung als damals. Abg. Dr. Singheim stellt fest, daß die Note Wilsons vom 18. 12. die Bitte an alle Kriegführenden enthielt, wo ihre Friedensbedingungen mitzuteilen. Die deutsche Antwort erwähne davon nichts. Ein Telegramm Graf Bernstorffs, Lansing habe wenigstens um vertrauliche Mitteilung der Friedensbedingungen gebeten, habe Staatssekretär Zimmermann zwei Tage vor dem Woodstockkrieg beantwortet, Graf B. möge diese Frage bilateral behandeln. Graf B. gibt zu, daß ihm ein Telegramm des Kaisers an Zimmermann zu der Auffassung gebracht habe, die Wilsonsche Friedensvermittlung solle von uns bestritten werden. Der Kaiser hätte bemerkt, daß er gar keinen Wert auf Wilsons Friedensangebot lege. Falls ein Bruch mit Amerika unvermeidlich wäre, sei das nicht zu ändern. Es würde vorgegangen. Weiterhin erklärte Graf B., die deutschen Friedensbedingungen seien sehr maßvoll gewesen. Lansing hätte erwidert, er verstehe nicht, warum wir nicht ebensoviel forderten, wie die anderen. Man könnte sich dann auf der mittleren Linie einigen. Zu der Frage der Ententeabhebung erklärte Graf Bernstorff, Wilson habe auch ausgesprochen, daß die Entente die Absicht habe, uns zum Woodstockkrieg zu bringen, um die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinzuziehen. Bei den vertraulichen Verhandlungen seien öfters Äußerungen des Obersten House laut geworden, die Entente würde unter allen Umständen versuchen, einen Krieg zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu provozieren. Der Botschafter habe stets alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Friedensbedingungen Wilsons zu fördern. Ob eine positive Fühlungnahme Wilsons mit der Entente stattgefunden habe, nähere er an; beschwören könne er es aber nicht. Wilson habe einen Augenblick abwarten wollen, wo keiner der beiden Kriegführenden noch die Hoffnung hatte, den Sieg zu erringen. Er habe immer gesagt, er strebe keine Friedensvermittlung an, solange irgend welche Kontroversen mit Deutschland vorhanden seien. Graf B. gibt zu, daß er an den guten Willen Wilsons glaube, den Frieden zu vermitteln. Nach Wilsons Äußerungen sollte es ein Frieden ohne Sieg sein, und er habe dies so verstanden, daß Deutschland seine Weltstellung behalten sollte. Niemals sei von amerikanischer Seite mit der Entente über einen Frieden verhandelt worden, worin auch nur die geringste Abtretung deutschen Gebietes inszugeworfen worden wäre.

Darauf wird die Verhandlung auf Donnerstag verlagert.

Der verzögerte Frieden.

Englische Tücke.

Bern, 22. Okt. Nach einem Pariser Bericht des Courriere della Sera zeigt England besonders die Neigung, die Errichtung aller Protokolle über die Ratifikation des Friedensvertrages, durch die dieser in Kraft treten würde, möglichst zu verzögern. England läßt sich dabei weniger von juristischen, als von praktischen Gründen leiten, da der jetzige Zustand einen größeren Druck auf Deutschland erlaubt, wie z. B. bei der Regelung der belgischen Angelegenheit; aber auch handelspolitische Gründe seien für die Haltung Englands maßgebend, da England das Erscheinen deutscher Produkte auf dem Weltmarkt im internationalen Wettbewerb möglichst lange mit allen Mitteln zu verhindern wünsche. Der Korrespondent des Courriere della Sera hofft jedoch, daß der gegenwärtige Zustand bald ein Ende nehmen werde, weil die meisten Völker die Rückkehr normaler Verhältnisse wünschten.

Ein englischer Protest.

Amsterdam, 23. Okt. Die „Daily News“ vom 20. Oktober wendet sich in einem Leitartikel scharf dagegen, daß aus formellen Gründen noch immer nicht mit der Durchführung des Friedensvertrages begonnen wird. Das Blatt schreibt: Es ist jetzt beinahe vier Monate her, seit der Vertrag unterzeichnet wurde, und trotzdem sind die Alliierten noch nicht darauf vorbereitet, seine Bestimmungen auszuführen. Es sollte kein Zweifel darüber gelassen werden,

daß die offenbar beabsichtigte Verzögerung eine deutliche Verletzung des Vertrages selbst darstellen würde. Weder der Oberste Rat, noch irgend eine Körperschaft mit Ausnahme eines vollen Conclaves aller Unterzeichneten ist dazu berechtigt, die Ausführung des Vertrages hinauszuschieben. — Die Zeitung selbst hat bereits genug von dem hinausgeschoben und den Unfähigkeiten aus Paris und verlangt, daß die Bestimmungen des Vertrages durchgeführt werden und der Völkerbund ins Leben gerufen wird, sowie daß die neuen Grundlagen für die Welt unverzüglich geschaffen werden. Die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten noch nicht ratifiziert haben, sei zwar hinderlich, setze aber die Bestimmungen des Friedensvertrages nicht außer Kraft.

Ränke Fochs und Tardieus.

Berlin, 23. Okt. Wie der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ von einer wohlunterrichteten französischen Persönlichkeit mitgeteilt wird, die sich in der Schweiz aufhielt und die der parlamentarischen Vertretung der Mehrheitssozialisten nahesteht, fehlt es der Verhandlungspolitik gegenwärtig an einer einheitlichen Leitung. Es habe den Anschein, als ob den Pariser Meldungen ein gemeinsames Mandat Fochs und Tardieus zu Grunde liege, das sie mehr oder minder gegen die Absichten Clemenceaus durchzuführen müßten. Tardieu habe noch immer nicht die Hoffnung aufgegeben, auf Grund eines Verstoßes gegen die Waffenstillstandsbedingungen seitens Deutschlands neue deutsche Gebietsteile zu besetzen, oder solange der Frieden nicht endgültig ratifiziert ist, Absonderungsbestrebungen im Rheinland zu fördern.

Eine Mahnung an die Entente.

Die von der französischen Politik orientierten Blätter der Schweiz, besonders auch das Journal de Geneve hat in den letzten Tagen wiederholt darauf hingewiesen, daß lediglich durch ein starkes von keinerlei Doh beeinflusstes deutsch-französisches Zusammenarbeiten der Frieden garantiert werden könne. Besonders bemerkenswert in diesem Zusammenhang sind die nicht missverständlichen Ausführungen der Gazette de Lausanne über Deutschland und seine Besieger. Das Blatt gibt den Ententeallianzen den Rat nicht länger zu vergessen, daß zwischen Deutschland und seinen Besiegern seit dem 28. 6. 1919 der Friedenszustand herrscht. Deutschland sei, woran sich besonders die Diplomaten erinnern müßten, damit wieder in den Konzern der Mächte eingetreten. Weiter heißt es in dem Artikel, wenn man wolle, daß der Frieden sich günstig entwickle und wirklich ein dauerhafter Frieden werden würde, so müsse man eine friedliche Gesinnung schaffen und sich zu diesem Zwecke nach und nach an die Notwendigkeit gewöhnen, mit Deutschland wieder konkrete Beziehungen anzunehmen. Wer wolle nicht erkennen, daß man in einem mit dem Bannfluch beladenen Deutschland die Revanche immer wieder fürdere.

Tages-Neuigkeiten.

Die Heimkehrfrage.

Berlin, 23. Okt. Ueber die von einem Mittagsblatt als Hayes-Meldung gebrachte Nachricht, daß der Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich bis zur Räumung der russischen Gebiete ausgelegt sei, ist an amtlicher Stelle nichts bekannt.

Roske an die Berufsunteroffiziere.

Berlin, 22. Okt. Nach dem „Abend“ sprach in der heutigen Versammlung des Wirtschaftsverbands „Der deutsche Berufssoldat“ Reichswehrminister Roske. Er sagte u. a.: Ich muß jeden Tag viel Geld ausgeben, während der Finanzminister nicht weiß, wo er die Millionen hernehmen soll. Nicht nur die Unteroffiziere, jeder einzelne unserer Volksgenossen muß mit einer unsicheren Zukunft rechnen. Ich habe den Unteroffizieren immer große Beachtung geschenkt und mich schuldig vor sie gestellt. Die neue Reichswehr ist undenkbar, wenn nicht wenigstens ein Teil der erfahrenen Unteroffiziere übertritt. Das Abfindungsgehalt ist durchaus kein Pappenspiel. Denken Sie an die armen Teufel, die vier Jahre lang in Gefangenschaft schmachteten und die auch nicht so entschädigt worden sind, wie ich es gerne möchte. Die heutige Truppe ist gar nichts. Der 40jährige Wachmeister und der 30jährige junge Burche tragen drei Monate lang den „Stuhlfuß“, weil sie arbeitslos sind und den Sold in der Reichswehr mitnehmen wollen. Mit äußerstem Mißtrauen aber werde ich zusehen, wenn ihr Verband etwa die Reichswehr auf eine gewerkschaftliche Grundlage stellen will. Einen Unteroffizier, der mir ansinandersetzt, daß, wenn seine Wünsche nicht in Erfüllung gäben, es eines Tages passieren könnte, daß,

wenn Not an Mann sei, die Truppe Gewehr bei Fuß steht, kann ich nicht dulden. Das wäre schandbarste Prätorianerwirtschaft, die ich auf keinen Fall dulden würde. Die staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten sollen jedem Deutschen gewährt werden. Wie weit sie aber der Reichswehr zugebilligt werden sollen, werde ich mir sehr reichlich überlegen. Die Truppe muß unpolitisch sein. Die Kameraden werden anders aussehen. Wir werden Lese- und Billardtische einrichten. Nach 12 Jahren wird der Soldat nicht mit dem Bettelstich auf die Straße geworfen, sondern für seine Zukunft wird gesorgt werden müssen. In der neuen Reichswehr wird es zunächst keine Unteroffiziersaspiranten geben. Erst nach zwei Jahren wird sich zeigen, wer von den Mannschaften sich dazu eignet, auf die Offizierschule zu gehen. Die neue Truppe wird dazu beitragen, Deutschland aus tieferer Erniedrigung zu neuer Blüte emporzuführen.

Stanzleistungen von „U-Deutschland.“

Berlin, 23. Okt. Ein in Hamburg zur Veröffentlichung gelangter Brief des Chefingenieurs Albert Albers, der im Jahre 1916 beide Amerikafahrten des Handelsunterseebootes „Deutschland“ mit Kapitän König mitgemacht hat, befragt u. a. Nachdem das Boot in ein Kriegsfahrzeug umgebaut worden war, unternahm es noch drei Fernfahrten von je vier Monaten Dauer, nach der Westküste Afrikas, den Azoren und den Kap Verdischen Inseln als „U 155“. Laut Waffenstillstandsabkommen mußte dieses Boot nach Harwich fahren, wo es am 24. November 1918 zur Abgabe an England gelangte.

Bayerns Menschenverluste im Kriege.

München, 23. Okt. Nach dem amtlichen Bevölkerungsbericht hat Bayern bis Ende 1918 etwa 180 000 Gefallene aufzuweisen und außerdem circa 70 000 Zivilpersonen durch die Wirkungen der feindlichen Hungerblockade verloren, sowie einen Geburtenausfall von etwa 400 000 ungeborenen Kindern zu verzeichnen.

Spanien sucht Anschluß an die Entente.

Amsterdam, 22. Okt. Laut Pressebureau Radio meldet „New York American“ aus Paris, daß der vormalige spanische Premierminister Romanones erklärt habe, Spanien sei für einen Anschluß an die Entente und Amerika.

Eine Hilfsmission der Entente für Oesterreich.

Wien, 23. Okt. Staatskanzler Renner empfing gestern den französischen General Maucere und nahm dessen von Clemenceau gezeichnetes Beglaubigungsschreiben entgegen. Maucere teilte mit, der Oberste Rat sei bereit, Oesterreich in seiner schweren Lage zu Hilfe zu kommen und habe beschlossen, eine Unterkommision in Wien einzusetzen, die die Ursachen der Ernährungsschwierigkeiten feststellen und der Reparationskommision bzw. vor deren Zusammentritt dem Obersten Rat in Paris die erforderlichen Anträge stellen solle. General Maucere habe die Aufgabe übernommen, die Unterkommision in Wien einzurichten. Er werde sich nach den geschlossenen Verhandlungen nach Paris begeben, um dort persönlich Bericht zu erstatten. Staatskanzler Renner sprach Maucere den Dank der Republik aus.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 23. Okt. Wie dem „Vorwärts“ aus Wien berichtet wird, werden die deutsch-österreichischen Gewerkschaften eine Vertretung nach Washington nicht entsenden.

Berlin, 22. Okt. Der Reichskommissar für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Trotz aller Bemühungen von deutscher Seite ist es nicht gelungen, bei der französischen Regierung durchzusetzen, daß die jetzt heimkehrenden Zivilgefangenen nach dem zum Empfang vorbereiteten Uebernahmestationen Konstanz oder Weisel geleitet werden. Die beiden ersten Transporte sind unerwartet in Frankfurt am Main eingetroffen und mußten daher nach Weisel weitergeführt werden, wodurch eine bedauerenswerte aber unvermeidliche Verzögerung in der Beförderung eintritt.

Reg., 22. Okt. Das. Die Gendarmen verhafteten etwa 100 Individuen (M) deutscher Nationalität in den industriellen Unternehmungen von Mangonango, Kumbilla und Dombos. Die wurden mittels Automotoren nach dem Garnisongefängnis von Reg gebracht und werden am Mittwoch über die Rehler Rheinbrücke abgeführt werden. Die Verhaftungen sind teilsweise auf die letzten Streiks zurückzuführen; sondern auf die Tatsache, daß diese Elemente gegen alles, was nicht deutsch ist, in diesen Industriegebieten agitieren.

Braunschweig, 22. Okt. Die nächtlichen Vorgänge der letzten Tage namentlich der Handgranateneinsatz auf das Kreisgefängnis, haben, wie „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ erfahren, die maßgebenden amtlichen Stellen veranlaßt, den Polizeipräsidenten Tappe seines Amtes zu entheben. In seinem Nachfolger wurde der Kreisdirektor Hofmeister in Holmünden ernannt. Mit dem Dreher Tappe ist der letzte Rest der Merges-Deisterischen Gewalt Herrschaft beseitigt worden.

Bern, 22. Okt. Der Bundesrat hat heute den Antrag eines neuen Gefängnisgebäudes für die Berliner Gefängnisverwaltung in der Fürst Bismarck-Str. beschlossen. Die Bauausführung beträgt 1 800 000 Mark.

Bern, 22. Okt. Der Dampfer „Batti“ ist gestern mit einer aus Maschinen und Werkzeugen bestehenden Ladung als erstes deutsches Schiff in den Hafen von Genoa eingelaufen.

Rom, 23. Okt. Sefani. Der Ministerrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung den 4. 11. als nationalen Feiertag zu erklären. Große militärische Umzüge, die dieser Tage in Rom hätten stattfinden sollen, wurden auf einen noch nicht feststehenden Zeitpunkt verschoben.

Amsterdam, 23. Okt. Laut Pressebureau Radio meldet die „New-York Sun“, daß die Allierten auf dem internationalen Handelskongress in Atlantic-City für Frankreich, Italien und Belgien um Kredite in Höhe von 2 bis 10 Milliarden ersuchen werden.

Bermischtes.

Ein „Wunder der Jetztzeit.“ Die Gemeinde Göhrdorf (bei Landslut in Bayern) konnte die Umlage von 100% auf 50% herabsetzen.

Die Nacht des Gewissens. Ein reuiger Dieb, der in Remmingen einen Amtsboten auf der Post eine Tasche mit 200 Mark weggenommen hatte, schickte 180 Mark dem Bestohlenen zurück. 20 Mk. behielt er für sich, weil er das Geld zur Heimreise nötig hatte.

Katholikentag in Forzheim. Am gleichen Tage wie in Rottweil, am kommenden Sonntag, den 26. Oktober findet auch in Forzheim ein Katholikentag statt. Weiblich Dr. Sproll aus Kottendorf wird in der Stadtpfarrkirche ein Pontifikat abhalten. Nachmittags spricht im südlichen Saalbau Geistlicher Rat Dr. Schäfer über Kirche und Schule und Finanzminister Dr. Wirth über Christentum und Kapitalismus.

Die Frau im Parlament. Die Zahl der weiblichen Abgeordneten in den deutschen Parlamenten ist nicht allzu groß. Unter den 421 Abgeordneten der Nationalversammlung sitzen nur 38 Frauen, in der preussischen Landessammlung unter 402 Abgeordneten nur 21 Frauen. Württemberg hat unter 150 Abgeordneten 13 Frauen, Hamburg in der Bürgerschaft unter 134 Abgeordneten 17 Frauen, Bremen unter 200 18, Lübeck unter 80 noch 7. Das sind die höchsten Ziffern. Im bayerischen Landtag durften unter 180 Abgeordneten nur 7 Frauen ihren Einzug halten, in Baden unter 107 Abgeordneten 9 Frauen. Im Ganzen sind zurzeit in deutschen Parlamenten mehr als 155 Frauen nicht zu finden.

Aus Stadt und Bezirk.

Naagold, den 24. Oktober 1918.

Vom Rathaus. Aus der Sitzung des Gemeinderats vom Mittwoch: Nach Ablauf des Probejahres wird Spitalhausmeister Ehr. Schmid endgültig angestellt. Der Dienstvertrag vom 9. August 1918 tritt voll in Kraft. Die Dreifachmaschine wird um den Preis von 8000.- an Firma A. Henninger u. Co. Darmstadt verkauft. Eine Eingabe des Fußball-Clubs Naagold a. 1911 wegen Ueberlassung eines Sportplatzes, der den Vorschriften des Verbandes Süddeutscher Fußballvereine hinsichtlich der Größe entspricht, wird zunächst durch Ueberlassung einer Wiese im Felsenhauer Tal für ein Wettspiel am kommenden Sonntag beantwortet. Im Uebrigen soll eine Kommission des G.R. zusammen mit Vertretern des Fußball-Clubs die Platzfrage prüfen und einen geeigneten Platz in Vorschlag bringen. Die Anregung, Kriegsteilnehmer, die an Folgen des Krieges verstorben sind, auf dem Ehrenfriedhof zu bestatten, der der G.R. beipflichtete, gab dem Vorsitzenden, Herrn Stadtschultheiß Maier, Veranlassung auf die im „Gesellschaftler“ erschienene Anregung „Totenernung“ zurückzukommen. Der Vorsitzende legte in längerer Ausführung dar, daß die Stadtverwaltung die Angelegenheit durchaus nicht aus den Augen verloren hat, sondern im Gegenteil erst bemüht ist, etwas Wertvolles zu schaffen. Die Unterstellung des Artikels, daß in dieser Hinsicht bisher noch nichts geschehen sei, wird entschieden zurückgewiesen unter Hinweis darauf, daß der G.R. bereits im Januar beschloffen habe, ein Ehrenmal für die Gefallenen u. darüber hinaus für die Ausmarschlerien überhaupt, zu errichten. (Vergl. „Gesellschaftler“ Nr. 21). Wenn bisher noch kein sichtbares Resultat vorliegt, so kann nur, weil sich der Gedanke infolge der Sorge nur etwas wirklich Bedeutsames u. Vorbildliches zu schaffen, noch nicht ausgebreitet hat. Auch die Anregung des betr. Artikels, die Mittel durch eine Geldsammlung aufzubringen, ist lange überholt durch den Beschluß des Gemeinderates, die Kosten für ein Ehrenmal aus städt. Mitteln zu bestreiten. Im Uebrigen muß darauf hingewiesen werden, daß auf die Aufforderung an die Einwohnerschaft im Januar bis dato konkrete Vorschläge zu der Ausgestaltung des Ehrenmales nicht gemacht worden sind. Um nun weiter zu kommen, ist schon diesen Sommer ausgemacht worden, unseren Landsmann, Herrn Professor Schuster in Stuttgart zu bitten, nach Beendigung der Herbstgeschäfte in Naagold, seine Gedanken in der Sache vielleicht in Verbindung mit einem Lichtbildervortrag uns auseinandersetzen. — Zu einer recht lebhafte Aussprache kam es bei der Beratung des bereits in einer früheren Sitzung gestellten Antrages auf Entfernung des Wandschmuckes aus dem Sitzungssaal. Nach längerer Auseinandersetzung stellte Herr G.R. Schalte den Antrag, daß alle Bilder sowie die Büsten verbleiben mit Ausnahme des bunten Fürstenbildes. Herr G.R. Kauter beantragte als Kompromiß mit den Antragstellern, daß die Büste und das bunte Bild entfernt und alle übrigen Bilder verbleiben. Der letztere Antrag wurde in namentlicher Abstimmung angenommen. Für den Antrag Schalte stimmten 7, dagegen 8 Mitglieder, für den Vermittlungsantrag Kauter 8, dagegen 7 Mitglieder. — Landräger Högenbuch wurde erneut wegen Ueberlassung des Sportplatzes an der Halterbacherstraße vorkestellt. Die Einschließung des G.R. wurde zwecks näherer Prüfung vertagt. Bei dieser Gelegenheit wurde die allgemeine Baukostenfrage erörtert. Ein herbeizuziehender Experte soll mit der Schaffung eines einheitlichen Baukostenplans beauftragt werden. Bedauert wurde, daß die Frage der Baugenossenschaft von den Interessenten nicht weiter betrieben worden ist. Vielleicht gibt sich

Gelegenheit, die Sache wieder aufzugreifen. — Der Akkordpreis für Pflasterarbeiten an der Schillerstraße wird von 16 auf 18.- erhöht.

Herr Dekan Bleiderer verläßt heute mit den Seinen unser Naagold, in dem er ein Jahrzehnt fastbarlich im Segen des Herrn gewirkt hat. Die gesamte Einwohnerschaft steht den geschätzten Geistlichen mit lebhaftem Bedauern scheidend. Wir beklagen es, daß er nun von uns geht, aber wir können uns den gemichtigen Gründen seines Wegganges nicht verschließen. Ihm und seiner lieben Familie rufen wir ein herzliches Lebenswohl u. als schwachen Ausdruck des tiefempfundenen Dankes für das Gute alles, was Herr Dekan in der Gemeinde gewirkt hat, ein aufrichtiges Vergeltungsgebet nach. — Auch der evgl. Kirchengemeinderat hat in seiner am Mittwoch haltgetundenen Sitzung bewogenen Abschied von Herrn Dekan genommen. Herr Rektor Dietrich widmete dem scheidenden Herrn von Seiten kommende Abschiedsworte, wobei er nicht nur seine auf das reine Wort Gottes gegründeten eindrucksvollen Predigten hervorhob, sondern auch seine vielseitige, weitere Tätigkeit in der Schule, bei Besuchen von Kranken und Armen, sowie Kriegshilfe erwähnte. Darauf dankte Herr Dekan Bleiderer und erwiderte, daß es ihm aus verschiedenen Gründen schwer falle, von Naagold zu scheidend. Die einträchtige Zusammenarbeit mit dem Kirchengemeinderat, aber auch so manche wohlthätige Unterstützung der weiteren Gemeindeglieder von Stadt und Bezirk, hätten ihm sein Amt vielfach erleichtert. Jedoch schon die längere Schloßlosigkeit, die ihn vor 3 Jahren sehr schwächte hätten ihm den Gedanken nahegelegt, sich nach einer leichteren Stelle umzusehen, nach mehr oder die neuen Ercheinungen nach dem Krieg liegen in ihm den Gedanken des Wegganges reifen. Nachdem er den Dank und Segen Gottes jedem einzelnen Mitglied des Kirchengemeinderats, deren Familien, sowie sämtlichen Mitgliedern der Kirche ausgesprochen hatte, wurde die letzte Sitzung unter allseitigem Bedauern ab dem Scheiden des geliebten und verehrten Herrn Dekan geschlossen. — Die Berechnung, die Herrn Dekan in seinen Kreisen der Einwohnerschaft ausgegeben wurde, brachte auch am letzten Sonntag die Stadtkapelle zum Ausdruck, die dem scheidenden Geistlichen ein schönes Abschiedsständchen spielte.

Halmfeier. August Halm wird am nächsten Sonntag 50 Jahre alt. Seine Freunde haben sich entschlossen am Sonntag nachm. 4-1 Uhr im Festsaal des Seminars zu Ehren des Meisters eine Anzahl seiner Werke für Klavier Kammermusik und Orchester aufzuführen. Wir laden zu zahlreichem Besuch aus Stadt und Land ein.

Das Ergebnis der Volkszählung am 8. Okt. ds. J. ist in Naagold 4224 Einwohner, gegen 4023 im Jahr 1910, daher mehr 201 Einwohner.

Württembergischer Landesverein für Kriegerteilnehmer. Nächsten Samstag, den 25. ds. Mo. findet in Stuttgart im Hotel Viktoria, Friedrichstr. 28, eine Mitgliederversammlung statt, zu welcher auch die der Ortsgruppe Naagold angeschlossenen Mitglieder eingeladen sind. Der Verein strebt unter dem Namen „Würt. Landesverband für Volkshilfsstätten und Bodenreform“ den Beitritt zum Bund Deutscher Bodenreformer in Berlin an, in daß die Mitglieder unseres Landesvereins zugleich Mitglieder dieses Bundes werden, ohne daß seine Selbstständigkeit verloren geht. Unser Landesverband setzt sich folgende Ziele: 1. Versorgung der würt. Bevölkerung mit Heimstätten unter besonderer Berücksichtigung der minderbemittelten Bevölkerung, vor allem der Kriegsteilnehmer, ihrer versorgungsberechtigten Hinterbliebenen und hundertteller Familien. 2. Förderung der produktiven Siedlungsstätigkeit in Württemberg. 3. Förderung aller Bestrebungen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse. 4. Förderung aller gesunden Bodenpolitik, welche den Boden seiner natürlichen Bestimmung, dem Menschen zum Gebrauch als Wohn-, Werk- und Erholungsstätte zu dienen, zuläßt, jeden Mißbrauch mit ihm ausschließt und die nicht durch Leistungen des Besitzers erzeugte Verschlechterung der Allgemeinheit nutzbar macht. Gemäß hiesigen und weiter Ziele, denen wir nur recht baldige Erfüllung wünschen möchten.

Luftpostbriefmarken. Es werden demnächst von der Reichspostverwaltung Luftpostbriefmarken ausgegeben. Dabei kommen zwei Zeichen zur Verwendung, auf der einen Karte ist ein Luftschiff dargestellt, die andere zeigt ein geflügeltes Posthorn.

Bewirtschaftung der Baustoffe und Bauprüfung. Um die Interessentenfreie an der Bewirtschaftung und Verteilung der Baustoffe (Ziegelwaren, Zement, Kalk und Gips) zu beteiligen, hat das Arbeitsministerium neue Bestimmungen erlassen, die im Staatsanzeiger veröffentlicht sind. Demnach wird auf 15. Novbr. bei jedem Kommunalverband eine Bezirksbaukostenstelle errichtet, der die Verteilung sämtlicher bewirtschafteten Stoffe zuzukommen wird; nur für Staatsbauten gilt ein besonderes Verfahren. Sämtliche Baukostenforderungen sind daher vom 10. Novbr. ab bei der örtlich zuständigen Bezirksbaukostenstelle anzufordern, die von dieser zu beziehen sind, anzufordern. Auch die Prüfung der Dringlichkeit der einzelnen Bauverträge, soweit die Gesamtbaukosten nicht über 20 000.- betragen, der Bezirksbaukostenstelle zu richten; die Baukosten sind jedoch auch in diesen Fällen bei der örtlich zuständigen Bezirksbaukostenstelle anzufordern.

Die künftigen Zigarettenpreise. Der Wert des einheimischen Rohtabaks ist gegenüber der Friedenszeit etwa

Hand-
wird von
mit den
stärklich
wohner-
ten Be-
von uns
en liebes
schwachen
te alles,
ein aus-
Rücken-
stücken
kommen
erru von
nur seine
desollen
weitere
ten und
den Herr
verdicke-
ten. Die
einberal,
weiteren
hat sein
Schlaf-
ten ihm
n Stelle
nach dem
s reffen
eingelien
zu, sowie
e, wurde
in Schi-
schlossen.
eien der
auch am
die dem
n Dies
u Sonn-
schlossen
Seminars
r Klavier
aden zu
Sch
8. Okt.
1923 im
Kriegs-
No. findet
eine Mi-
tatsgruppe
e. Der
berband
ritt zum
daß die
der diese
verlusten
1. Ber-
unter be-
öckerung,
rechtigten
Forderung
3. Für-
ohnungs-
gefunden
Bestim-
Werk-
gebrauch
des Be-
untbar
mu recht
5
macht von
gegeben.
der einen
zeigt ein
Ban-
Bewirt-
ten, 30
Arbeits-
Staats-
Kodex.
u f o f f
bewirt-
ntsbanten
tossanfor-
r betlich
die von
Prüfung
s, soweit
betragt,
aufkosten-
räge auf
Landes-
jedoch
Bezirks-

um das zwölfte gestiegen, der des überseeischen Tabaks unter Berücksichtigung der Valuta um das Sechsfache. An Arbeitslöhnen kostete die Herstellung von 1000 Zigaretten früher etwa 7,5 M., heute 35 M. und mehr. Von sachverständiger Seite ist die Wirkung der Voraussetzung des Kohlenpreises, der Steigerung der Arbeitslöhne und der Steuerbelastung auf die künftigen Zigarettenpreise folgendermaßen ermittelt worden: Der niedrigste Preis für sogenannte Zigaretten aus rein deutschem Tabak wird 20 Pfennig sein, für 30 Pfennig soll man eine kleine Zigarette aus deutschem Tabak, die es früher niemals gegeben hat, kaufen können. Eine Zigarette von geringer Qualität mit ausländischem Deckblatt wird 40 Pf. kosten, während sich eine Zigarette aus rein überseeischem Tabak bereits auf 1 M. stellen wird. Die frühere 10 Pfennig Zigarette wird unter 1,50 M. nicht zu haben sein. Wesentlich billiger wird sich der Rauchtabak stellen; man kann annehmen, daß sein Preis etwa ein Sechstel des Zigarettenpreises betragen wird. Das Pfeifenrauchen wird daher in Deutschland wieder stark in Gebrauch kommen für die Zigaretten werden uns in absehbarer Zeit fast nur überseeische Tabake zur Verfügung stehen, wie sie früher zum Straßen für die billigen Sorten Verwendung fanden, Orientalische und vor allem magdonische Tabake, aus denen früher die deutsche Zigarette ganz überwiegend hergestellt wurde, sind vorläufig nicht erreichbar. Trotz der geringen Qualität des Tabaks wird die billige im Inland hergestellte Zigarette etwa 12 bis 15 Pf. kosten.

Wiltberg, 22. Okt. Heute kehrte aus englischer Gefangenschaft als vierter der in letzter Zeit heimgekehrten Robert Koller, Mechaniker, Sohn des f. Kupferhämmer-Kollers, zurück. Die vier ihm Zurückgekehrten sind Ernst Dohl, Schmied; Georg Straub, Kaufmann (Sohn des Landwirts Fritz Straub) und Karl Herrmann, Polizeidirektor. Auch diese waren in englischer Gefangenschaft. Mit den schon vor längerer Zeit aus russischer Gefangenschaft zurückgekehrten Gottlieb Wänich, Balkenweber und Ludwig Koller, jetziger Kofarbeiter, und dem dieses Frühjahr aus americk. Gefangenschaft heimgekehrten Gathe Koller, Landwirt, durften wir also bis jetzt 7 Wiltberger in der Heimat begrüßen. Mit den Angehörigen freut sich auch die ganze Einwohnerchaft. Nur ein Wänich harrt unter aller Drogen: Mühen doch bald auch die noch von den Franzosen gefangen gehaltenen Wänich, 7 an der Zahl, den lang ersehnten Tag der Freiheit erleben.

Oberchwandorf, 23. Okt. Als zweiter aus unserer Gemeinde kehrte aus der Gefangenschaft zurück Friedrich Walz, Sohn des Joh. G. Walz, Kofarmachers. Im Oktober vorigen Jahres noch gefangen genommen, verbrachte er seine Gefangenschaft bei den Engländern allerdings auf franz. Boden. In der Arbeit wurde er hart gehalten, auch ließ die Behandlung und Verpflegung im ersten Halbjahr viel zu wünschen übrig, das zweite Halbjahr war erträglich.

Aus dem übrigen Württemberg.

Erzberger, der große Beobachter.

Stuttgart, 23. Okt. Vom Bürgerrat Groß-Stuttgart wird uns geschrieben: Der Reichsbürgerrat hat in Erkenntnis der Gefahr, daß die durch das Reichsnotopfer erfolgende geldliche Beibehaltung des deutschen Volkes Endes sich als Zugriffsmöglichkeit für die Entente auswirken wird, an den Reichsfinanzminister eine Anfrage bezüglich der Verwertung des Notopfers mit der Bitte um endgültige Aufklärung gerichtet; auf die unterm 11. Oktober nachstehende Antwort eingetroffen ist: Meine vor der Nationalversammlung in Weimar abgegebene Erklärung, kann ich nur wiederholen, daß nach den Bestimmungen des Friedensvertrages der Entente ein Zugriff auf den Ertrag des Reichsnotopfers nicht zusteht, wenn Deutschland seiner Verpflichtung nachkommt. Zugewiesen ist zwar, daß auf den ersten Blick einzelne Bestimmungen des Friedensvertrages zu der entgegengesetzten Auffassung führen könnten. Jedoch dürfen diese Bestimmungen nicht aus dem Zusammenhang gerissen werden. Eine Prüfung der gesamten diesbezüglichen Vertragsklauseln kann nur zu dem Ergebnis führen, daß das deutsche Volkvermögen und seine Einnahmen durch die betreffenden Bestimmungen mit einer Zugriffsmöglichkeit belastet werden, daß aber das hieraus folgende Zugriffrecht der Entente so lange nicht ausgeübt werden kann, als Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommt. In dieser Auffassung wird das Reichsfinanzministerium durch Gutachten juristischer und wirtschaftspolitischer Sachverständiger bekräftigt. Auch alle Ausgebungen der Entente, die neben dem Friedensvertrag einhergehen; lassen deutlich erkennen, daß die schädlichen Mächte bei Vertragserfüllung einen Eingriff in die deutschen Hoheitsrechte keineswegs beabsichtigen und sich hierzu auch nicht für berechtigt halten. Es kommt alles darauf an, daß Deutschland seinen ihm aufgezogenen finanziellen Verpflichtungen nachkommt. Bis zum Jahre 1926 sind diese im Friedensvertrag genau umgrenzt. Man wird annehmen dürfen, daß wir bei einer stetigen Entwidlung unserer inneren Verhältnisse insoweit zur Erfüllung in der Lage sein werden. Hierzu ist aber vor allem eine Geländung der finanziellen Grundlagen des deutschen Reiches dringende Voraussetzung. Es dürfte daher die Aufgabe aller staatsbehaltenden Kreise sein, die in dieser Hinsicht von der Reichsregierung geplanten Maßnahmen und vor allem den Entwürfen des Reichsnotopfers zu unterstützen. Wenn auch der Reichsbürgerrat in dieser Richtung arbeiten wird; so wird er des Dankes des Vaterlandes verichert sein können.

Soweit Erzberger, sein Optimismus, der von je für unser Volk eine hohe Kostenrechnung bedingte, ist hier doch

etwas gedämpft durch die als nicht unwahrscheinlich beschätzte Befürchtung, daß auch dieser Steuerplan, genau besehen, nichts anderes ist als ein mehr oder minder freiwilliger Hilfsdienst zum Nutzen unserer Feinde. Wenn der Reichsfinanzminister diese Befürchtung durch die Bewertung entkräften zu können glaubt, daß Deutschland sich selbst auf die einfachste Weise durch Erfüllung der Friedensbedingungen schützen könne, so wird diese Wahrscheinlichkeit zur Gewissheit angefaßt, der immer deutlicher sich zeigenden Tatsache, daß der Friedensvertrag in vielen seiner Teile für uns unerfüllbar ist. Es liegt im Interesse des gesamten Volkes, daß die politischen Parteien sich dieser Frage annehmen.

Württemberg und Voralberg.

Stuttgart, 22. Okt. Wie seinerzeit berichtet, traf Ende vorigen Monats eine Abordnung aus Voralberg hier ein, um mit der württembergischen Regierung wegen Lebensmittellieferungen zu verhandeln. Die Voralberger hatten damals infolge Erseig, als Württemberg von seinen kargen Vorräten größere Quantitäten Kartoffeln dem ausgehungerten Lande zur Verfügung stellte. Da die Lieferungen anscheinend nicht genügen, so sind erneute Verhandlungen wegen Lieferung weiterer Nahrungsmittel im Gange. Für diesen Zweck ist heute früh eine Abordnung aus Bregenz hier eingetroffen.

Stuttgart, 22. Okt. Mit Schreiben des Finanzministers vom 20. Okt. 1919 ist dem Präsidium des Landtags der Entwurf eines letzten Nachtrags zum Finanzgesetz für das Rechnungsjahr 1919, der hauptsächlich Personalforderungen enthält, zur Herbeiführung der Beratung und Beschlußfassung des Landtags zugegangen.

Stuttgart, 23. Okt. Wie wir hören, wird die würt. Industrie trotz des hohen Preises, etwa 60 Mark für den Zentner, amerikanische Kohle beziehen. Für Waren, die für den Export hergestellt werden, ist dieser Preis nicht allzu hoch, in Anbetracht unserer heutigen Valuta.

Horb, 22. Okt. Am Montag hat hier eine vom Arbeiterrat einberufene Versammlung stattgefunden, die gegen Wucher und Schleichhandel Stellung nahm. Man hatte vor, nach dem nächstgelegenen Nordstetten zu gehen, weil von dort die Milch nach Horb geliefert — oder meistens nicht geliefert wird. Die Nordstetter aber hatten sich, wie es sich heraus, alten Kriegern gegen, in Verteidigungszustand gesetzt und hatten ihre Feuerpistolen für ein schweres Geschütz erklärt. Die Horber Arbeiter haben aber von einem Demonstrationzug nach Nordstetten Abstand genommen, ob mit Hinblick auf die Verteidigungsmaßnahmen, entzieht sich unserer Kenntnis.

Tübingen, 23. Okt. Die Nordtat an dem Vandalen Jäger scheint sich aufzulösen. Die Untersuchung hat ergeben, daß die aus Amtsgericht Nottensburg eingeleiteten Brüder Knoll und Karl Meier, beide Wegener in Hobeleshausen, der 26jährige verheiratete und 22jährige ledige Sohn des Pfarrers dort, mit größter Wahrscheinlichkeit die Täter sein dürften.

Kirchentellinsdorf, 22. Okt. Am Kirchweihsonntag war im Saal des Gasthauses zum „Schlen“ hier Tanz. Hierbei gab es ohne begründeten Anlaß Streit, in dessen Verlauf ein 19jähriger Barock P. von Vegerstalt zum Messer greift und vier junge Leute von hier, darunter auch ein Frauenzimmer, teilweise nicht unerheblich an Kopf und Schulter verletzte.

Zußenhausen, 23. Okt. Stuhlradikant J. Gehr begab sich ins Oberamt Marbach, um Obst aufzukauen. Auf der Straße zwischen Marbach und Erdmannshausen wurde er vom Schläge gerührt. Der Tod trat schon nach wenigen Minuten ein. Von seinen Begleitern wurde er nach Marbach geschafft.

Smünd, 22. Okt. Wegen Kohlenmangels ist auch das christliche Erholungsheim „Schönblick“ gezwungen, von Mitte November ab sein Haus zu schließen.

Smünd, 22. Okt. Am Sonntag haben die hiesigen Landjäger eine Kontrolle der Bierfabrikate vorgenommen und dabei 18 freische Hälte beschlagnahmt, ebenso 1 1/2 Zentner Rindfleisch.

Handels- und Marktberichte.

Hafen-Handel. Von hier allgemein, der Hafen sei in diesem Jahre frei. Tatsächlich schließen Bedenken, Landwirte und Händler, es könne hieser Hafen gefaßt und verkauft werden, und zwar zu allen beliebigen Preisen. Richtig ist aber nur, daß der Hafen, der doch auch in der jetzigen Zeit noch zum G. treibe läßt, der Zwangsversteigerung durch die Kommunalverbände nicht mehr unterliegt, wie das Brotgetreide. Daß es ein katastrophales Fehler der Regierung und der Nationalversammlung ist, den Hafen, so lange das Getreide noch nicht frei ist und noch nicht freigegeben werden kann, frei zu lassen, wird das nächste Herbstjahr lehren, wenn es ist klar, daß bei den hohen Hafenpreisen, die die Händler bezahlen, eine Menge Brotgetreide unter den Hafen gemischt wird und in diesem Jahre fast hieser Brotgetreide dem Vieh veräußert wird. Die Folgen kann sich jedermann selbst ausrechnen. In allen Oberämtern hat schon vor dem 15. Oktober ein schumannsches Handel mit Hafen stattgefunden; wendet man sich an die Behörden, sogar die Landesgeschickliche, so erhält man die einfache Antwort, gegen den großen Mißstand sei nichts zu machen. Was ist richtig? Jawohl, es ist etwas zu machen. Gänzlich bedürfen die Händler der Geländung zum Handel mit Lebens- und Futtermitteln nach dem Kettenhandelsnetz. Wohl ist gegen manchen wilden Händler eine Anleihe wegen Verletzung dieses Gesetzes schon erstatet worden. Aber was können wir heute noch ein Händler um Geldstrafen? Warum tut die Behörde ihrer allgemeinen Pflicht, strafbare Handlungen nicht nur

anzugehen u. sondern zu verhindern, nötigenfalls mit Zwang, nicht? Dann war durch eine am 5. September in Kraft getretene Verordnung vom 1. September ds. J. das Drefchen von Daser bis zum 15. Oktober ds. J. bei Strafe bis zu einem Jahr Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit einer dieser Strafen verboten. Neben der Strafe kann auf Anhebung der verbotswidrig geduldeten Vorkäte erkannt werden, ohne Rücksicht, ob sie dem Täter gehören oder nicht. Diese Bestimmung ist eine Strafvorschrift, die auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen vom 4. August 1914 erlassen ist. Für die Einziehung des vor dem 15. Oktober ds. J. ausgeduldeten Hafens — um solchen hat es sich fast durchweg gehandelt, denn es wurde schon vor dem 15. Oktober angeduldet — kommt des Weiteren die Befristung vom 22. März 1917 in Betracht. Danach kann vor dem 15. Oktober geduldeter Daser auch dann selbständig eingezogen oder für verfallen erklärt werden, wenn der Täter nicht verurteilt und verurteilt worden kann. Sind die Vorkäte dem Verurteilten angefaßt, können sie vor richterlicher Entscheidung über die Einziehung veräußert werden, ebenso wenn die Veräußerung aus Gründen der Volksernährung notwendig erscheint. Dazu kommt schließlich, daß die Kommunalverbände zunächst für die Reichsgetreidebehörden Daser aufkaufen müssen. Sie werden allerdings keinen mehr bekommen, da sie nur 70 M. pro Zentner zahlen, während der freie Handel schon bis zu 100 M. bezahlt. Da sollten aber die Behörden nicht sagen, man könne diesem großen Unfug nicht entgegenstellen. Es scheint kaum da und dort auch beim guten Willen zu fehlen.

Nürnberg Hopfenmarkt. (Originalbericht.) Die neue Woche eröffnete mit einer abermalig n großen Haufe. Bereits am Montagmarkt war bei sehr lebhafter Nachfrage und regem Umlauf eine Preisverhöhung von 50 bis 100 M. zu konstatieren und auch am Dienstag war der Verkehr am Markt sehr lebhaft und es konnten speziell Markttopfen wieder um 100 M. profitieren; Hallertauer waren ebenfalls um 50 M. höher. Der zweitägigen Zufuhren betragen 250 Ballen vom Lande, 300 Ballen mit der Bahn; die Umsätze erreichten rund 1000 Ballen. Schlussnotierungen: Markt- und Gebirgshopfen prima 1120—1180 M., mittel 1050—1100 M.; Ballerhops (einschl. Eisenhalt) prima 1150—1210 M., mittel 1000 bis 1100 M.; Spalter 1100—1150 M.; Württemberger und Teilmanger prima 1150—1200 M., mittel 1050—1100 M. Schlussnotierung: sehr fest.

Amsterdam, 22. Okt. Das niederländische Ausfuhrverbot für Kohlen und Karol ist aufgehoben worden.

Familiennachrichten.

Kumantige.

Geborenen: Philipp Wind, Tockhose 42 Jahre n. Neubulag.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 23. Okt. In der gestrigen Haushaltsauschussung der preussischen Landesversammlung wurde ein Antrag angenommen, der in Durchführung des § 128, 2 der Reichsverfassung alle Ausnahmestimmungen für weibliche Beamten und damit auch das Zölibat der Lehrerinnen beseitigt.

Mann, 25. Okt. In einem von der französischen Militärbehörde ausgegebenen Bericht heißt es über die Kohlenkrise, die Militärbehörde wünsche, die traurigen Folgen, die diese Krise auf das wirtschaftliche Leben des Landes haben könnte, der Bevölkerung zu ersparen, und werde sich bemühen, die Lage zu bessern. Das Saarbecken wird für einige Zeit eine bestimmte Menge Kohlen, die der für Frankreich bestimmten Menge entnommen wird, dem Rheinlande liefern. Der Versand dieser Kohlen hat bereits begonnen. Auch ist die Verteilungskommission in Berlin energisch darauf hingewiesen worden, daß die nötigen Kohlen, welche die Ruhrwerke abgeben sollen, in Zukunft genau geliefert werden müssen.

Paris, 23. Okt. Havas. Der Gouverneur von Maubeuge wird vor ein Sondergericht gestellt werden wegen Kapitulation vor dem Feinde und Übergabe der Stadt. Das Kriegsgericht wird General Maistre präsidieren. Des weiteren haben sich 8 Offiziere zu verantworten wegen Freigabe vor dem Feinde, welche ebenfalls bei der Verteidigung von Maubeuge mitgewirkt haben.

Basel, 24. Okt. Das Brüsseler Blatt „Soir“ berichtet, daß während der deutschen Besetzung 62000 Belgier nach Deutschland deportiert worden seien. Für diese Deportationen habe Deutschland mehr als 5 Milliarden Francs Schadenersatz zu leisten und schuldige Auftraggeber an Belgien zur Aburteilung anzuliefern.

Berlin, 24. Okt. Der Ausschuss zur Untersuchung der Kriegsschuld hat die Vernehmung des Grafen Bernkorf beendet.

Berlin, 24. Okt. Der Gesetzentwurf über das Reichsnotopfer ist im Senatsrat der Nationalversammlung in 2. Lesung mit 17 gegen 4 Stimmen der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei angenommen worden.

Berlin, 24. Okt. In Italien wurden am Mittwoch und Donnerstag starke Erdbeben verspürt.

Amsterdam, 25. Okt. Wie die Times aus Paris erfährt, hat der Oberste Rat Wilson über seine Ansicht über die durch ihn zu bestimmende Einberufung des Rates des Völkerbundes noch vor der Ratifikation des Vertrages durch den amerikanischen Senat befragt. Wilson habe geantwortet, daß er mit der Einberufung einverstanden sei. Darauf hin habe der Oberste Rat der amerikanischen Delegation einen Entwurf für die Einberufung des Rates des Völkerbundes durch Wilson überreicht. Der Text sei sofort nach Washington telegraphiert worden. Wenn der Präsident seine Zustimmung dazu gibt, so würden 3 historische Ereignisse gleichzeitig eintreten, nämlich: der Austausch der Ratifikationen, das Inkrafttreten des Vertrages und die erste Zusammenkunft des Völkerbundes.

Paris, 24. Okt. Die Pariser Blätter kündigen für das ganze deutsche besetzte Gebiet eine erneute Herausziehung der Stärke des Besatzungsheeres an, die durch die Streikbewegung der Arbeiter notwendig gemacht werde. Die Besatzungsarmee in der Pfalz wird um weitere 8 Bataillone erhöht werden.

Wilmshausen, 24. Okt. Die Pariser Blätter kündigen für das ganze deutsche besetzte Gebiet eine erneute Herausziehung der Stärke des Besatzungsheeres an, die durch die Streikbewegung der Arbeiter notwendig gemacht werde. Die Besatzungsarmee in der Pfalz wird um weitere 8 Bataillone erhöht werden.

In der Hauptsache ziemlich mild und trocken.

Werbet dem „Gesellschafter“
neue Leser!



Ämtliche Bekanntmachung.

Philipp Seibt, Müller in Bernau sucht um Genehmigung der an seiner Mühle am Köllbach im vergangenen Herbst und schon früher an den Wasserrädern und Hinkelställen seiner Wasserkraftsanlage 143 vorgenommenen Änderungen, (Erfolg der entfernten fünf Wasserräder durch eines) nach.
 Einwendungen gegen das Gesuch sind binnen der Frist von 14 Tagen vom Tage nach dem Erscheinen der Zeitung ab gerechnet, beim Oberamt zu erheben, wo auch die Pläne und Beschreibungen aufliegen. Nach Ablauf obiger Frist eingereichte Einsprüche können nicht berücksichtigt werden.
 Nagold, den 22. Okt. 1919. Oberamt: Müllg.

Die Landesbekleidungsstelle

1822
 infandgelegte Infanterie-Stiefel zu ca. 15-20 M.
 Schnürschuhe „ „ 10-15 „
 zur Verfügung.
 Bestellungen sind bis spätestens 28. ds. beim Rohrungsmittelamt anzubringen.
 Nagold, 23. 10. 1919. Stadtschulth.-Amt.

Stadtgemeinde Nagold.

Nadelholz-Stammholz-Verkauf.

Aus Stadtwald Galsenberg, Kallberg und Winterhalde kommen zum Verkauf im schriftlichen Aufsteig: 339 Fichten, 331 Tannen mit Fm Langholz: 283 I., 155 II., 72 III., 106 IV., 51 V. Kl.; Sägholz 12 I., 5 II., 3 III. Kl.
 Die bedingungslosen Angebote, in ganzen und 1/10 Prozents der staatlichen Tagespreise ausgedrückt, sind vom Bietenden unterzeichnet, verschlossen und mit der Aufschrift „Angebot auf Nadelholzstammholz“ versehen bis spätestens **Samstag, 1. Novbr. 1919, vormittags 11 Uhr** bei der Stadtpflege einzureichen. Die Eröffnung der Gebote, welcher die Bietenden anwohnen können, erfolgt zu vorstehender Zeit auf dem Rathaus, der Beschluss über den Zuschlag am gleichen Tag.
 Verkaufsbedingungen, Losverzeichnis u. Offertformulare unentgeltlich von der Städt. Forstverwaltung.
 1800 Städtische Forstverwaltung.

Am **Samstag, 25. Okt.**
 Abgabe von 1814
Erdölmarken
 A-K von 8-9 1/2 Uhr
 L-Z von 9 1/2-11 Uhr
 Bezugsberechtigt sind nur Haushaltungen ohne elektr. Licht.
 Nagold, 23. 10. 1919.
 Städt. Schultheißenamt.

Turnverein Nagold.
 Morgen
 abend in der
 „Krone“
Monats-
versammlung.
 und Begrüßung unserer aus-
 freuz. Gefangenschaft zurück-
 gekommenen Mitgl. Hr. Balg.
 Zahlreiches u. pünktliches
 Erscheinen erwartet.
 1824 der Vorstand.

4 bis 5 tüchtige
Möbel-
Schreiner
 finden sofort dauernde Be-
 schäftigung bei 1811
Peter Enklen,
Möbelfabrik.

Offene
Beine
 alte bössartige Geschwüre,
 Flechte, Krätze. Moge allen
 gerne umsonst, ein ganz vor-
 zügliches Mittel gegen alle
 Hautleiden namhaft. Schmer-
 zen und Jucken verschwinden.
 Franz Osburg, Heiligen-
 badt (Eichsfeld) Brom-
 nabe 818.
 1708

Ebhausen.
Schneidergesuch
 Einen jüngeren 1817
Arbeiter
 sucht sofort
Johs. Seeger
 Schneidernstr.

Suche für sofort oder später
 ein ehrliches, fleißiges 1815
Mädchen
 für Küche und Haushalt bei
 gutem Lohn u. Behandlung.
 Näheres zu erfragen bei
E. Tränkner, Nagold.

Nagold.
 In kleine Familie (ohne
 Kinder) wird zu baldigem
 Eintritt ein braves 1816
Mädchen
 gesucht.
 Auskunft durch die Ge-
 schäftsstelle ds. Bl.

Gesucht
 wird per sofort oder 1. Nov
 ein in der Haushaltung er-
 fahrendes 1800
Mädchen
 nicht unter 18 Jahren bei
 gutem Lohn
Frau Marie Dorn,
Bugelkäst, Catw.

Kindersbad.
 Verkauft zwei junge 1820
Stiere
Jakob Fahnacht, Bauer.

Samstag nachm. 4 Uhr im „Röfle“

Bersammlung

der Freunde einer auf geistige Werte gegründeten,
 entschiedenen Neugestaltung der Schule.
 Vortrag von W. R. a. d. Aussprache. Eingabe an das
 Ministerium. 1810
Vereinigung für sozialistische Literatur Seminar Nagold.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten
Ortsgruppe Ebhausen.

Zu Gunsten der Heimkehrer und der Kriegerverwunden

Aufführung

am **Sonntag 26. Okt. 1919, nachm. 1/3 Uhr**
 im Gasthaus z. „Traube“.
 1. D'Veizelestante v. Schwegelbaur.
 2. 's Radelschneiders Wildfang
Preise: 1. Platz (numeriert) 2. „
 II. Platz 1. „
 1808 A. H.: D. Glog, 1. Vorsitzender.

Wildberg-Unterjettingen.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns hiermit, Verwandte, Freunde
 und Bekannte zu unserer am

Samstag den 25. Oktober 1919

stattfindenden Hochzeitsfeier in das Gasthaus zum
 „Lamm“ in Unterjettingen freundlich einzuladen.

Ludwig Nummer **Barbara Henne**
 Mechaniker Tochter des
 Sohn des Jaf. Nummer + Friedrich Henne
 Bauer in Wildberg. in Unterjettingen.

Kirchgang 1/12 Uhr. 1648

Wir bitten dies statt besonderer Einladung
 entgegenzunehmen.



Erbes
Optik-Brillen
 mit Manometer-Messung
Mont
 der jüngsten Augen
C. Erbes
Jabingen.

Abbruch.

Eine freistehende Regelbahn
 18 Meter lang, 2,3 Meter breit mit Ziegeldach verkauft
Montag, den 27. Oktbr., nachm. 5 Uhr im Gast-
haus zum Hirsch. 1812

Ebenso ein **Dual-Faß** 600 Liter.
Telef. 20. Sägewerk Wildberg.

la holl. Leinöl u.
Leinöl-Firniß
streichfert. Ölfarben
Fußbodenlack
und Farben
la Bodenöl gelb u. röt.
la Bodenwachs
weiß und gelb
la Mattierungen
und Polituren

für alle
Mineralöle u. Fette
 empfiehlt 1350
K. Ungerer
Nagold.

Nagold.
 Einige hundert 1820
Ziegel
 verkauft
Gottlieb Schühle
 hirt. Gasse.

Achtung Mosler!
 Ausschneiden!
 Gebe 1/2 Pfund Pfeffer oder
 * 12. für je 2 kg Apfel-
 oder Birnenkerne, solche lassen
 sich durch Ausreiben des Trei-
 fers durchs Sieb sehr leicht
 gewinnen. Kinder und Große
 sammeln, ihr Verdienst dadurch
 sehr viel und erfüllt ein gutes
 Werk für die deutsche Obst-
 baumzucht. Möglichst viel ein-
 senden an **H. A. Wolf, Bens-**
heim a. B., Rodensteinstr. 106
 Porto wird vergütet. Legt zu-
 sammen! Lehrer für Sammel-
 stellen gesucht.

Volkshilfe
für württ. Kriegsgefangene.
 Die hier durchfahrenden deutschen Kriegsgefangenen
 sollen in den Zügen mit Lebensmitteln, besonders Obst
 erfreut werden. Wir bitten im Auftrag um freundliche
 Zuwendung von Gaben. 1818
Seminarrektor Dieterle, Nagold.

Nagold 25. Okt. 1919.



Todes-Anzeige.
 Heute vormittag 1/11 Uhr ist nach kurzem,
 schwerem Leiden unser lieber Vater, Schwieger-
 vater, Großvater, Bruder und Onkel
Gottlob Wiedmaier
 Privatier, gew. Metzger
 im Alter von 76 Jahren sanft in dem Herrn ent-
 schlafen.
 Mit der Bitte um stille Teilnahme zeigen
 dies schmerzgefüllt an 1819
Die trauernden Hinterbliebenen.
 Beerdigung am Samstag nachmittag 2 Uhr.
 Wir bitten, dies statt jeder besonderen Anzeige
 entgegenzunehmen zu wollen.

Börsengeflechte
 zum Einhängen werden bei guter Bezahlung fortlaufend
 in großen Partien aus dem Hause gegeben. Evtl. wird
 eine geeignete Person gesucht, welche die Sache in die Hand
 nimmt. 1805

Otto Dürr,
Pforzheim, Holzgartenstr. 19 Hths.
Möbigen.
 Der Unterzeichnete legt eine jüngere

Ruh
 samt Kalb, dem Verkauf aus. 1806

Kurse am 23. Oktober 1919
 mitgeteilt durch die
Gewerbebank Nagold e. G. m. b. H. in Nagold.

Zuländische Staatspapiere.	4% dergl. S. 43, 44, 47, 48, 49, 50	100.75
2% Deutsche Reichsanl.	4% dergl. S. 51	100.75
1.-8. Kriegsanl.	4% Meiningen-Hypoth.	
4% dgl. n. 1918 unk. 1925	S. 2, 6, 7, 8, 9, 11-15	101.16
3 1/2% dergl.	4% dergl. S. 16	102.-
3% dergl.	4% Preuß. Hypoth.	102.-
5% L. d. d. Stagnanzs.	4% Preuß. Bodenkred.	
5% II. dergl.	4% Aktienbank	99.50
5% III.	4% Preuß. Centralboden-	
4 1/2% IV. u. V. d. d. d.	4% kred.	100.-
Schweinsw.	4% Preuß. Handbrichk	99.10
4 1/2% VI.-IX. dergl.	4% Rhein. Hypoth. Bk.	103.
4 1/2% dergl. p. 1. 4. 24	4% Württ. Hypoth. Bank	102.80
4% Preuß. Consols	3 1/2% dergl. kbb. A-B	
unk. n. 1935	u. K-N	98.30
4% Tab. Anleihe	3 1/2% dergl. flüg. ab	
4% dergl. von 1915	1913, 1915	88.00
3 1/2% dergl. 1900	4% Württ. Kreditverein	
kbb. ab 1905		
4% Hellen		
3 1/2% dergl.		
4% Württemberg. n. 1915		
1921 u. 1935		
3 1/2% dergl. n. 1875		
3 1/2% dergl. n. 1870/80		
1880/90		
3 1/2% dergl. n. 1881/85		
Lit. L-O		
3 1/2% dergl. von 188		
(1803 ff.)		
3% dergl. von 1895		
Hanfbriefe.		
4% Bayer. Hypotheken-		
u. Wechselbank	101.90	
4% Bayer. Bod. Kred. Anst.		
4% Dtsche. Grundkredit-		
bank Gotha	99.30	
4% Frankl. Hypoth. Bank	102.25	
3 1/2% dergl.	92.25	
4% Frankl. Hypoth.		
Rudolw. S. 15-19,		
21-27, 31, 34-42	100.75	

Verfälschte Obligationen.

4% Stadt Frankfurt a. M.	98.25
4% Stutt. Stadt n. 1918	97.-
4 1/2% Allg. Elektr. Ges.	109.50
5% Dtsch. Uebersee-	
Gesellschaft	106.70

Kittien.

Darmstädter Bank	110.50
Deutsche Bank	244.80
Diskontogesellschaft	178.90
Dresdner Bank	149.75
Bad. Anilin- u. Sodafabrik	458.50
Fabr. Gerlach & C. Hrt.	278.-
Fabmer & Hocht.	367.-
Holzn. Jab. (Kont.)	
Feinwachs, Jetter	
Langhans, Gebr. Schramb	258.-
Adlerwerke u. Kreyer	276.-
Dalmier Kaseren	265.-
Schilling, Rot. Glasfabrik	280.-
Schloßh. Wollhof	290.-

(6 3)